

Freitag, 21. November 2008

«Was in Genf geht, muss auch hier möglich sein»

Der Basler Regierungspräsident Guy Morin will wie Genf neue Arbeitsplätze auch im Umland und die Stadt als Wohnort stärken

INTERVIEW: PETER SCHENK

Arbeiten in der Stadt und wohnen auf dem Land, so ist der Trend. Er bringt vielfältige Probleme wie Zersiedlung und Staus mit sich. Guy Morin (Grüne) will die Entwicklung umkehren.

Der deutsche Kommunalpolitiker und Planer Klaus Fleck (CDU) hat sich am 7. November in der BaZ kritisch zum Basler Richtplan geäußert und eine grenzübergreifende Raumordnungsprognose gefordert. Er befürchtet, dass der Druck auf den Landkreis Lörrach zunimmt, da die Zahl der Erwerbstätigen in Basel bis 2030 sinken, die Zahl der

Jobs aber steigen werde. Deshalb kämen verstärkt Grenzgänger aus dem Landkreis Lörrach. Guy Morin ist zwar nicht für den Basler Richtplan zuständig, äusserte sich aber als Basler Regierungspräsident zu der Gesamtproblematik.

BaZ: Herr Morin, hat Klaus Fleck recht, wenn er fürchtet, dass der Druck auf den Landkreis Lörrach steigt?

GUY MORIN: Klaus Fleck liegt in einem wichtigen Punkt richtig. Bisher gibt es in allen Agglomerationen den klaren Trend, die Arbeitsplätze im Zentrum zu konzentrieren und die Wohnorte in

die Agglomeration zu verschieben. Bisher haben die Politiker nur reagiert und Infrastruktur zur Verfügung gestellt, aber nicht überlegt, wie der Trend umkehrbar ist.

Warum sollten sie das?

Der Trend schafft Schwierigkeiten mit Pendlern und Grenzgängern, Mobilitätsprobleme wie Staus und Schleichverkehr. Auch beklagt sich die Peripherie, dass qualifizierte Arbeitskräfte abgezogen werden. Zum Teil ist der Widerstand des Baselsbiets, Zentrumsleistungen mit zu bezahlen, darauf zurückzuführen, dass Baselland bereits

Leistungen im öffentlichen Verkehr (ÖV) finanziert. Probleme gibt es auch bei der Parkraumbewirtschaftung.

Wie ist eine Trendumkehr möglich?

Ich war letzten Donnerstag auf einem Seminar mit 400 Teilnehmern in Genf. Dort wurde das Agglomerationsprogramm «Projet d'agglomération franco-valdo-genevois» vorgestellt. Es betrifft den Kanton Genf, das angrenzende Frankreich und Teile des Kantons Waadt. Die Planer gehen dort bis 2030 von 200 000 zusätzlichen Einwohnern und 100 000 neuen Arbeitsplätzen aus. Wenn das so weitergeht, ertrinkt Genf im Verkehr. Durch Infrastrukturmassnahmen ist das nicht mehr zu lösen.

Wie dann?

Das Projekt sieht vor, die neuen Arbeitsplätze aufzuteilen: 30 000 nach Frankreich, 20 000 in den Kanton Waadt und 50 000 nach Genf. Dafür wollen die Genfer, dass von den 200 000 neuen Einwohnern 100 000 in ihren Kanton ziehen. Das ist der Deal. Natürlich kann man den Betrie-

«Der politische Druck kann natürlich nicht einseitig von der Schweiz kommen.»

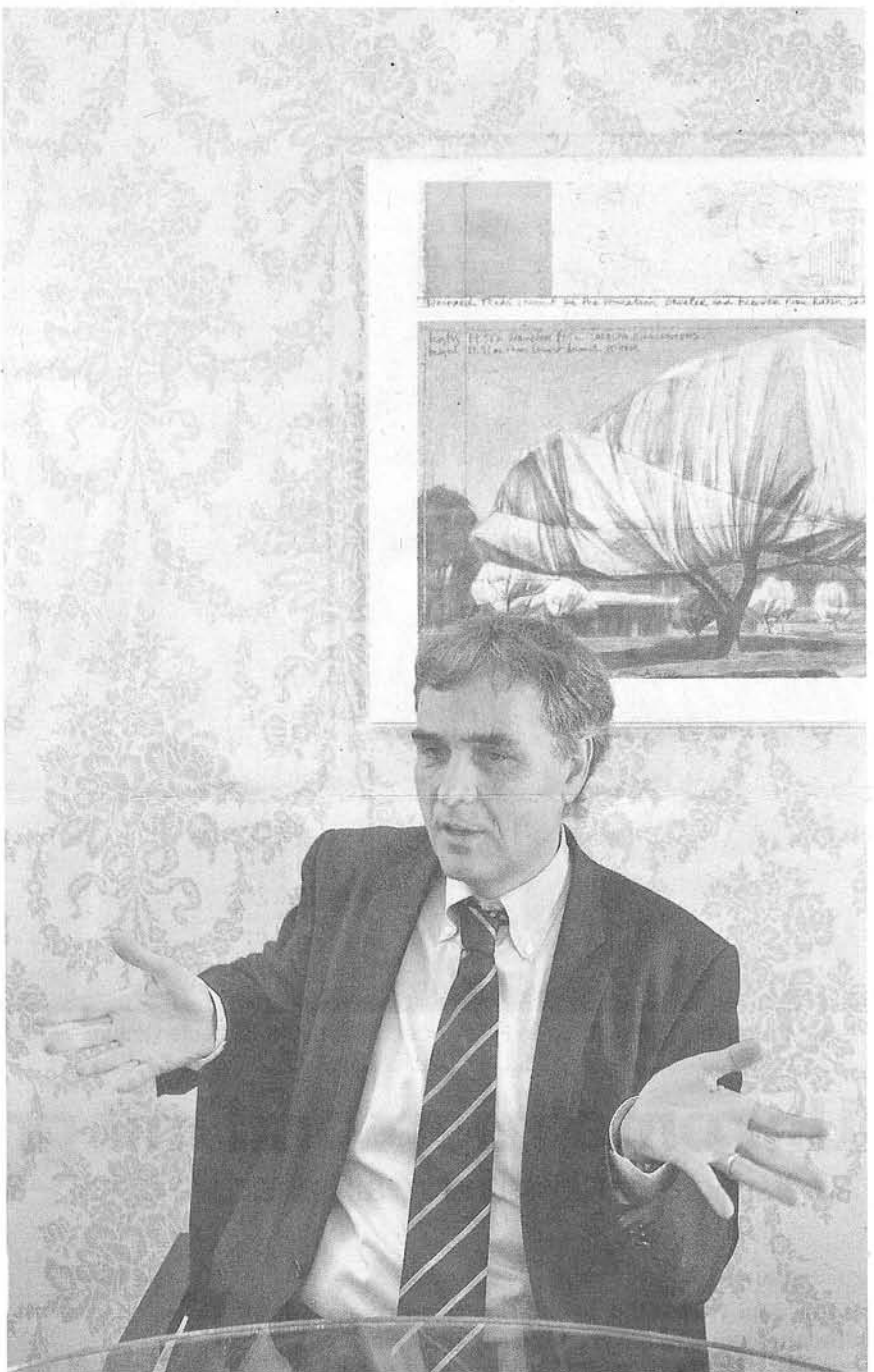
ben nicht vorschreiben, wo sie sich niederlassen. Schliesslich sind die Steuern in der Schweiz niedriger und der Arbeitsmarkt ist liberaler. Aber Genf hat mit dem französischen Staat die Möglichkeit gemeinsamer Technoparks ausgehandelt. Auch wird es für kleine Betriebe die Möglichkeit geben, den Sitz in der Schweiz zu haben, aber in Frankreich zu produzieren. Das ist ein spannender Ansatz, der gegen den Trend geht.

In Basel sieht die Situation aber anders aus.

Was in Genf möglich ist, muss auch hier möglich sein. In Genf gibt es eine gemeinsame Strategie, bei der Raum- und Wirtschaftsplanung zusammenzuarbeiten. Unser Vorteil gegenüber Genf ist, dass wir schon grenzübergreifende S-Bahn-Linien und bald Tramlinien haben. Ausserdem verfügen wir bereits über die Strukturen der Trinationalen Agglomeration Basel, aber wir nutzen sie noch zu wenig. Hier setzt ein Umdenken in der Verwaltung an.

Genf will mehr Einwohner und dafür Arbeitsplätze abgeben. Basel verliert aber Einwohner und der Bau von neuen Wohnungen reicht nicht für viele Zuzüger aus. Wie soll das gehen?

Seit zwei Jahren hat sich der Trend umgedreht und Basel gewinnt wieder Einwohner. In Basel wohnen bald wieder 190 000 Menschen wie letztmals



Kooperation. Guy Morin setzt sich für gemeinsame Raumplanung ein. Foto M. Christen

im Jahr 1999. Es gibt immer mehr Menschen, die kürzere Wege wollen. Für neue Betriebsansiedlungen haben wir nur noch wenig Platz. Beim Wohnraum müssten wir im Siedlungsgebiet verdichten und eventuell auch in die Höhe bauen.

Im Raum Basel gelingt es schon nicht, sich beim Bau riesiger Einkaufszentren abzusprechen. Wie soll da ein Projekt wie in Genf funktionieren?

Auf der Konferenz in Genf war klar spürbar, dass die 400 Teilnehmer gemerkt haben, dass das Projekt allen etwas bringt. Es braucht dafür die gemeinsame Raumplanung, bei der nicht jeder nur an sich denkt. Der erste Schritt zur Veränderung geschieht im

Kopt. Vielleicht ist Genf einen Schritt weiter als wir, da die Probleme im ÖV dort drängender waren. Aber auch das Bundesamt für Raumentwicklung sagt, dass wir der Zersiedelung des Raums Einhalt gebieten müssen.

Wollen Sie für Basel das Gleiche wie in Genf?

Wir müssen den Trend umkehren und Genf kann dafür Vorbild sein. Wir brauchen eine umfassende Raumentwicklung inklusive Wirtschaftsförderung, die sich am funktionalen Raum orientiert, also über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus.

Mit drei Staaten und vier Kantonen ist die Situation im Raum Basel aber komplizierter organisiert als der Raum Genf.

Der politische Druck kann natürlich nicht einseitig von der Schweiz kommen, sondern muss auch von Frankreich und Deutschland ausgehen, die beide stärker regulieren als wir. Das heisst, sie sind bei Steuern, Arbeitsrecht und gesetzlichen Bestimmungen für Betriebsniederlassungen weniger attraktiv als die Schweiz. Es ist an Frankreich und Deutschland, etwas zu ändern, und nicht an der Schweiz.

Wie schätzen Sie die Chancen für das Genfer Projekt in Basel ein?

Die Kantons- und Stadtentwicklung ist heute überall ein Thema. Theoretisch würden alle der notwendigen Trendwende zustimmen, bei der Umsetzung aber hapert es. Jeder kümmert sich um seine Arbeitsplätze und seine Wohnbevölkerung. Wenn wir zusammen planen, braucht sich der Baselbieter Regierungsrat Adrian Ballmer nicht mehr über Basels Werbekampagne aufzuregen, in die Stadt zu ziehen. Dann können wir die Kampagne zusammen machen.

Kommentar

Die Region Basel muss sich vor Ort entwickeln

PETER SCHENK

Guy Morin ist mit Recht vom Genfer Weg begeistert. Die Romands zeigen, dass es auch mit dem schwierigen Nachbarn Frankreich möglich ist, bei Raumplanung und Wirtschaftsentwicklung neue Wege zu gehen. Das Ziel, Arbeitsplätze besser zu verteilen und die Kernstadt als Wohnort zu stärken, macht auch für Basel Sinn. Als

Aussenminister weiss Guy Morin, wie mühsam das Kooperationsgeschäft in der trinationalen Agglomeration sein kann. Da ist ihm das Engagement fürs Genfer Modell hoch anzurechnen. Neue Schwerpunkte setzt hingegen Metrobasel, dessen Report 2008 der BaZ beiliegt. Propagiert wird darin, dass Basel mit Genf und Zürich zusammen-

spannt. Die neue Vision gibt es wohl auch, da den Initianten deutlich geworden ist, dass die Grenzlage die Entwicklung der Region durch unterschiedliche nationale Regulierungen behindert. Probleme und Schwierigkeiten vor Ort sind allerdings ein Argument dafür, dass sich die Region Basel auch vor Ort entwickeln muss. peter.schenk@baz.ch